

Auch der zweite von den Nationalsozialisten vertriebene Professor, Dr. Gustav Jantsch, wurde ab dem 17. September 1945 wieder als Ordinarius eingesetzt.<sup>36</sup>

Auch provisorische Dekane waren bestellt worden: Ab dem 15. Juli 1945 fungierten in diesen Funktionen Prof. Dr. Karl Zaar (Bauingenieurwesen), Prof. Dr. Friedrich Zotter (Architektur), Prof. Dr. Robert Engel (Maschinenbau) und Prof. Dr. Georg Gorbach (Chemie). Am 15. August wurde zusätzlich Prof. Dr. Lothar Koschmieder bestellt (Angewandte Mathematik und Physik). Gorbach wurde ab 1. August von Prof. Dr. Reinhard Seka und dieser ab 16. November von Prof. Dr. Gustav Jantsch abgelöst. Ab diesem Tag fungierte für Maschinenbau Prof. Dr. Hans Winter und für angewandte Mathematik und Physik Prof. Dr. Bernhard Baule als Dekan.<sup>37</sup> Die Disziplinen Mathematik, Physik und Chemie wurden jedoch noch im Studienjahr 1945/46 zur Fakultät für Naturwissenschaften mit Prof. Jantsch als Dekan vereinigt.<sup>38</sup>

*»Eine überwiegende Mehrheit ... ist noch immer nazistisch und pro-Anschluß eingestellt...«*  
Strategic Services Unit über die Studierenden der THG, November 1945.

## Situation 1945

Das Vorwort im Vorlesungsverzeichnis des Studienjahres 1945/46 stammt noch von Prof. Grannig und macht exemplarisch die damalige Geisteshaltung deutlich.<sup>39</sup> *»Mittler der deutschen Kultur österreichischer Prägung«* wollte man sein und schloß damit direkt an das Gedankengut des austrofaschistischen Ständestaates an, dessen Selbstverständnis der 1938 von den Nazis entfernte Rektor der Universität Graz, Prof. Dr. Josef Dobretsberger, wie folgt begründete: *»Die deutsche Sendung des österreichischen Staates ist nicht Phrase oder Zukunftsmusik, sondern tausendjährige Tradition. ... Das Volksbewußtsein und die Volkstreue des Österreicher sollte aber nicht an Schlagworten und Ideologien, die sich wandeln, sondern an den bleibenden Taten gemessen werden; die deutsche Kulturleistung des Österreicher besteht im Vergleich mit jenen der besten deutschen Stämme.«*<sup>40</sup>

Auch an der THG dachte man *»zunächst nur an eine Wiederherstellung des Vorkriegszustandes«*<sup>41</sup>, der vorerst einzige Überlebende war der politische Katholizismus, die Geschichte wurde dort fortgesetzt, wo sie 1938 stehengeblieben war.<sup>42</sup>

Im Wintersemester 1945/46 inskribierten insgesamt 2125 Studierende, 1676 ordentliche und 449 außerordentliche bzw. Gasthörerinnen und -hörer. Das war weit mehr als das 13-fache der Zahl des WS 1944/45.<sup>43</sup> In diesem Wintersemester war auch noch die damalige Studentenvertretung, die ÖDS — auch als 'Österreichische demokratische Studentenunion' bzw. als 'Bund demokratischer Studenten' bezeichnet — aktiv. Sie führte die Geschäfte der unter der sowjetischen Besatzung existierenden 'Antifaschistischen Studentenliga'. Ein SSU-Bericht vom 13. November 1945 gibt darüber Auskunft:

*»Der von den Engländern geförderte Bund der demokratischen Studenten ist überparteilich; alle Studierenden sind zur Mitgliedschaft verpflichtet. Er ist der Nachfolger der antifaschistischen Studentenliga, die wegen ihrer zu rigiden Entnazifizierungspolitik aufgelöst wurde. Die Organisation demokratischer Studenten untersucht den politischen Hintergrund jedes zukünftigen Studierenden und jeder Bewerber muß einen detaillierten Fragebogen über Verbindungen bzw. Mitgliedschaft bei nazistischen Verbänden und Organisationen ausfüllen.«*<sup>44</sup>

Obige Angaben sind jedoch unklar, denn auch die Maßnahmen der ÖDS stießen auf großen

Widerstand: Nachdem Rektor Granigg erfahren hatte, daß die ÖDS die Absicht hatte, im Wintersemester 1945/46 »bei der Inskription in der selben Weise vorzugehen wie dies zu Beginn des Sommersemesters geschehen ist«, teilte er Rektor Rauch am 3. September mit:

»Eine Besprechung, die ich mit den Dekanen ... unter Beiziehung von Prof. Baule hatte, führte zur einmütigen Ablehnung des Vorhabens der Dem. Studentenschaft. Die ... Beratung hat zur einmütigen Auffassung geführt, daß mit den Methoden des Nationalsozialismus auch in diesem Punkte aufgehört werden müsse. Demzufolge steht die Technische Hochschule auf dem Standpunkt, daß die Inskription ohne politische Kontrolle durch die Studentenschaft zu erfolgen habe.«<sup>45</sup>

Am selben Tag gründete das 'Staatsamt für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten' durch Verordnung einzelne Hochschülerschaften (ÖHs), vorerst gab es noch keine bundesweite Vertretung. Diese hatten vor allem zwei Aufgaben zu erfüllen: die Studierenden sozial zu betreuen und einen Bruch mit nationalsozialistischen Traditionen sicherzustellen.<sup>46</sup> Zwischen diesen Organisationen, ÖDS und ÖHs, kam es nun zu heftigen Auseinandersetzungen:

Am 8. November überreichten Vertreter der Hochschülerschaft (ÖH) Rektor Granigg eine »Denkschrift«, in der mitgeteilt wurde, daß »die Hörschaft der Grazer Hochschulen« die ÖDS ablehne, und in der u. a. gefordert wurde, daß sie »keine irgendwie gearteten Rechte auf die Hochschüler auszuüben hat«. Die politische Überprüfung sollte durch die Dekanate selbst durchgeführt werden, die Mitgliedschaft in der ÖDS sollte eine freiwillige sein. Als Gründe wurde angegeben, daß die ÖDS »absolut autoritär geführt« werde und daß es »nicht als österreichisch« sondern »als n.s. Anmassung« angesehen werden müsse, daß sie »das Prof.-Kollegium zu säubern die Absicht hat«. Die Vertreter der ÖDS seien »in verletzender Weise« gegen die ehemaligen Soldaten aufgetreten, im Fragebogen für das Wintersemester solle nach Wehrdienst und Dienstgrad gefragt werden: »Die Frontsoldaten sind einheitlich entschlossen, diese Punkte nicht zu beantworten.«<sup>47</sup>

Noch am selben Tag teilte Rektor Granigg der 'Britischen Militärregierung' mit, daß für »Angelegenheiten, welche die Studentenschaft der Technischen Hochschule in Graz betreffen« nunmehr die ÖH zuständig sei.<sup>48</sup> Obwohl die Verordnung »noch nicht durch die alliierte Kommission anerkannt« war, erklärte sie sich am 19. November bereit, ab dem 1. Dezember »bei den Verhandlungen mit den Studenten-Vereinigungen« mit den ÖHs zu sprechen, wodurch die ÖDS praktisch ausgeschaltet war.<sup>49</sup>

Die Stellung der Studierenden in Graz im November 1945 zum Nationalsozialismus gibt der bereits zitierte SSU-Bericht wieder:

»Es gibt noch immer auffallenden preußischen Militarismus unter den Studenten, insbesondere unter jungen Offizieren, die wieder zu dienen hoffen. ... Eine überwiegende Mehrheit der Studenten der Technischen Hochschule ist noch immer nazistisch und pro-Anschluß eingestellt. Sie sind pessimistisch eingestellt über ihre Zukunft in einem unabhängigen Österreich ohne das industrielle Potential eines Großdeutschland. Die meisten Studenten glauben noch immer, daß Deutschland die zivilisierteste der europäischen Nationen ist und zur Führung Europas bestimmt sei. Im allgemeinen lehnen sie die Rassenlehre, das Führerprinzip, die Brutalität und die Gestapo-Methoden des Dritten Reiches ab. Viele Studenten favorisieren einen starken Polizeistaat, der Ordnung hält und politische Unruhe wie in der Phase 1934 — 1838 verhindert. ... Einmal kam es zu einer heftigen Debatte über die Wahrheit von Konzentrationslagergeschichten. Im großen und ganzen glauben die Studenten, daß nur echte Kriminelle

in diesen Lagern eingesperrt waren.«<sup>50</sup>

Die Vertretung der Studierenden, die vorerst in der Tradition der Zwischenkriegszeit und der NS-Zeit als »Studentenschaft« bezeichnet wurde, wurde für das Wintersemester 1945/46 »auf Grund von Vorschlägen der Studierenden aller demokratischen Richtungen« vom zuständigen Staatsamt bestimmt.<sup>51</sup> Dieser organisatorische Neubeginn erwies sich als äußerst schwierig, es gab praktisch keine demokratischen Traditionen, an die man anknüpfen konnte. Die erste formale Organisation der Studierenden war »nach dem Führerprinzip« von oben nach unten organisiert in die 'Vaterländische Front' eingegliedert gewesen. Dieses Modell aus der Zeit des Austrofaschismus stand Pate für das 1945 erlassene Hochschülerschaftsgesetz. Letzteres verpflichtete zwar zur Abhaltung allgemeiner, geheimer Wahlen, war aber in seiner Kompetenzstruktur dem früheren Modell durchaus ähnlich gestaltet und hatte die Zwangsmitgliedschaft und weitgehend auch die Kompetenzen gemein. Durch das Wahlrecht war allerdings eine neue Struktur studentischer Politik geschaffen: studentische wahlwerbende Gruppen nach dem Vorbild und in Verbindung mit den gesamtstaatlichen Parteiorganisationen.<sup>52</sup>

An politischen Gruppierungen waren zunächst nur drei zugelassen: Die bürgerliche 'Freie österreichische Studentenschaft' (FÖSt), die ursprünglich als überparteiliche, antifaschistische Vereinigung gedacht war, aber bald katholische und liberale Traditionen aufnahm, weiters der 'Verband Sozialistischer Studenten Österreichs' (VSSStÖ) als sozialistische Gruppierung auf Hochschulboden und die 'Vereinigung demokratischer Studenten' (VDS) als kommunistische Gruppierung.<sup>53</sup>

The whole of law No. 170 of the RENNER Government is not yet approved by Allied Commission for Austria.

No exception is taken to that part of the law however, which deals with each University and High School of Austria having its own Hochschülerschaft.

In Future, therefore, as from Saturday, Dec 1st, this Branch in dealing with the student union, will address itself to the following:

Hochschülerschaft der Universität GRAZ,  
 " " " Technischen Hochschule GRAZ,  
 " " " Montanistischen Hochschule LEOBEN.

This supersedes para 2) in our communication Ref.ST/EDN/61 of Oct 28 45.

By Dec 1st this Branch should know the names of and have received completed Fragebogen where these have not already been done from the following:

- 1) the president of each of the Hochschülerschaften,
- 2) his two deputies,
- 3) the committee.

Abb. 44: Am 19. November 1945 teilte die Britische Militärregierung mit, daß sie ab dem 1. Dezember die Hochschülerschaften als die Vertretung der Studierenden anerkennen werde.

»...mußte die Hochschule auf die Mitarbeit vieler Professoren verzichten...«  
Prof. Dr. Karl Federhofer über die Geschichte der THG, 1956.

## Entnazifizierung

Das Problem der Entnazifizierung stellte sich sofort nach der Beseitigung der NS-Herrschaft, alle Parteien waren sich 1945 im klaren, daß es gerade die Hochschulen waren, die einen 'guten Nährboden' für den Nationalsozialismus abgegeben hatten. Von den Professoren blieben jedoch, trotz der Tätigkeit der mit der Entnazifizierung betrauten Sonderkommission, eine erhebliche Anzahl ehemaliger Nationalsozialisten unbehelligt. So kam es, daß Bundeskanzler Leopold Figl im Mai 1946 sogar mit der Schließung einzelner Hochschulen drohte, da dort die zuständigen Institutionen und Behörden die Verordnungen vollkommen ignorierten.<sup>54</sup> Die Tätigkeit der Sonderkommissionen war Ende des Studienjahres 1945/46 im wesentlichen abgeschlossen worden, die Entnazifizierung der Hochschullehrer damit weitgehend beendet. Die Überprüfung der »politischen Zuverlässigkeit« der Studierenden war im September 1945 der Hochschülerschaft übertragen worden, im Wintersemester 1945/46 entschied de facto der Rektor mit Unterstützung der Staatspolizei. Ab Februar 1946 gab es Kommissionen, die aus dem Rektor und drei Parteienvertretern der Hochschülerschaft (also FÖSt, VStStO und VDS) bestanden.<sup>55</sup>

Nach den Richtlinien des zuständigen Staatsamtes vom 16. August 1945 waren alle Illegalen, also Parteimitglieder zu der Zeit, als die NSDAP verboten war, Angehörige der SS und Funktionäre der NSDAP bzw. deren Wehrverbände (SA, NSKK, NSFK) von der Immatrikulation ausgeschlossen.<sup>56</sup>

In Wien kam es am 14. November 1946 zu Nazimanifestationen. Während einer Studentenversammlung wurde ein ehemaliger KZ-Insaße mit Rufen wie »Schade, daß sie dich im Konzentrationslager nicht umgebracht haben« angegriffen, worauf es zu Demonstrationen und Prügeleien kam. Aufgrund dieser Ereignisse erklärte Bundeskanzler Figl, daß man »an den Hochschulen gründlich nachsäubern werde« und stellte fest, »daß die bisherigen Säuberungsmaßnahmen nicht ausgereicht haben, um nationalsozialistische Tendenzen an den österreichischen Hochschulen restlos auszumerzen«.<sup>57</sup>

So stellte am 3. Dezember der VStStO-Mandatar Erwin Pirktl in einer Studentenvertreterversammlung der Hochschülerschaft an der THG fest, daß man »um die durch die verschiedenen Pressemeldungen beunruhigte Bevölkerung zu beruhigen ... sich nicht gegen eine neuerliche Entnazifizierung stellen« solle. Doch die Mandatäre der FÖSt vertraten die Ansicht, daß »die letzte Entnazifizierung in Ordnung war und die Hochschule entnazifiziert ist« bzw., daß »wir uns selbst lächerlich machen würden, wenn wir nochmals eine Entnazifizierung durchführen und damit zugeben, daß die erst geleitete Arbeit mangelhaft war«. Nach der Debatte wurde mit Mehrheit ein Antrag angenommen, in dem »es die Hochschülerschaft der TH Graz als nicht notwendig« erachtet, »aufgrund der Wiener Vorfälle eine neuerliche Entnazifizierung zu fordern«. Begründet wurde dieser Beschluß u. a. mit Stellungnahmen des Rektors und eines Vertreters der britischen Zivilverwaltung.<sup>58</sup>

Im Dezember 1946 wurden die Rahmenbedingungen verschärft, auch niedrige Ränge der HJ und des BdM wurden erfaßt, Offiziere der ehemaligen deutschen Wehrmacht und »unerwünschte Ausländer« wurden vom Studium ausgeschlossen. Bis zum Februar 1947 wurden die betreffenden Studierenden von der Kommission neuerlich untersucht, was jedoch ohne